ANTRAG 20
der ÖAAB-FCG-BAK-Fraktion an die 171. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer am 02. Dezember 2021 in Oberösterreich

Auch Öko-Steuerreform nicht nachhaltig – Kalte Progression belastet arbeitende Menschen mit 8,5 Milliarden Euro

Mit der von der Bundesregierung für 2022 angekündigten Öko-Steuerreform rückt für alle Steuerzahler:innen ein schon lange angeprangertes Ärgernis wieder in den Mittelpunkt: Die so genannte „Kalte Progression", eine versteckte Steuerschraube, die dem Finanzminister Milliarden Euro in die Taschen spült. „Eine Ungerechtigkeit, die jede Steuerentlastung sukzessive wieder zunichte macht. Von 2017 bis 2022 macht die Mehrbelastung für die Lohnsteuerzahler laut Berechnungen bis zu 8,5 Milliarden Euro aus.

Bei der Elefantenrunde vor der letzten Nationalratswahl waren sich alle im Parlament vertretenen Parteien einig: Die Kalte Progression muss weg, der Faktor Arbeit ist in Österreich ohnehin zu hoch belastet. Nach der Wahl war alles anders. Warum man die Abschaffung ablehnte, sickert jetzt langsam durch. Es ist ein taktisches Manöver, um der Politik nicht die Möglichkeit zu nehmen, in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen Entlastungen verkünden zu dürfen. Das sieht auch der Politikberater Thomas Hofer so: Bei einer Abschaffung der Kalten Progression nehme sich die Politik Spielräume, den Wohltäter zu spielen. Das perfide an der Sache: Die Beschäftigten drücken zusätzliche, vom Parlament nie beschlossene Steuern ab und bekommen alle paar Jahre unter großem politischem Getöse einen Teil davon wieder zurück.

Arbeitnehmer:innen verlieren über eine Million Euro pro Tag

Die Kalte Progression entsteht dadurch, dass zwar Löhne und Gehälter durch die von den Sozialpartnern ausverhandelten Lohnerhöhungen steigen, die Steuertarifstufen sowie die Frei- und Absetzbeträge aber nicht an die Inflation angepasst werden. Somit rutschen die arbeitenden Menschen automatisch in höhere Steuerklassen. Das macht pro Tag mehr als eine Million Euro an zusätzlichen Steuern aus. Die mühevoll erkämpften Lohnerhöhungen kommen deshalb kaum mehr bei den Menschen an. Wird die Kalte Progression nicht entsorgt, wird die angekündigte Öko-Steuerreform für die Menschen ebenso wenig nachhaltig, wie alle bisherigen Steuerreformen.
Steigt die Inflation, dann kostet das die Arbeitnehmer:innen pro Prozentpunkt um 250 Millionen Euro pro Jahr.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert die Bundesregierung einmal mehr auf, den Einkommenssteuertarif sowie die Frei- und Absetzbeträge umgehend jährlich automatisch an die Inflation anzupassen.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒